

„Die Zeit wird langsam knapp“

EU sieht weiter Risiko von US-Sonderzöllen auf Autoimporte

INNSBRUCK
DPA/LJ

In der EU wird nicht ausgeschlossen, dass US-Präsident Donald Trump doch noch Sonderzölle auf Autoimporte aus Europa verhängt. „Es gibt noch ein Risiko in diese Richtung“, räumte die aktuelle Vorsitzende im Handelsministerium, Margarete Schramböck, gestern am Rande von EU-Beratungen in Innsbruck ein, bei der Luxemburg durch Außenminister Jean Asselborn vertreten war.

Dieses werde erst dann wegfallen, wenn es zwischen den USA und der EU eine unterschriebene Vereinbarung zu Handelsfragen gebe. Die Verhandlungen dazu würden aber „sicherlich noch einige Monate“ dauern.



EU-Handelskommissarin Malmström machte deutlich, dass sich die EU nicht auf eine Vereinbarung einlassen werde, bei der nur eine bestimmte Menge von Autoexporten in die USA von möglichen neuen Zöllen ausgenommen würde

Foto: AFP

Gesprächsbedarf
Die Österreicherin Schramböck machte damit deutlich, dass die im Juli zwischen Trump und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker getroffene Vereinbarung zur Beilegung des Handelskonflikts weiter auf tönernen Füßen steht. Sie sieht unter anderem vor, dass beide Seiten Gespräche über die Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter beginnen und vorerst keine neuen Sonderzölle verhängen. Trump hatte im Handelsstreit mit der EU zuvor wiederholt hohe Abgaben auf Autoimporte aus der EU angedroht, um aus seiner Sicht ungerechte Ungleichgewichte im

transatlantischen Handel auszugleichen. Die für die Verhandlungsführung mit den USA zuständige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström äußerte sich gestern öffentlich nicht näher zu den laufenden Gesprächen. Sie machte jedoch deutlich, dass sich die EU voraussichtlich nicht auf eine Vereinbarung einlassen werde, bei der nur eine bestimmte Menge von Autoexporten in die USA von möglichen neuen Zöllen

ausgenommen würde. Ein solches Vorgehen hatten jüngst Kanada und Mexiko in den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen NAFTA mit den USA akzeptiert. Der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier mahnte seinerseits an, möglichst schnell eine Lösung zu finden, die einen Handelskrieg mit den USA verhindert. „Die Zeit wird langsam knapp. Wir müssen uns beeilen“, sagte Altmaier. ●

Ein Viertel noch nicht entschlossen

Politmonitor verspricht spannende Wahlen

LUXEMBURG Wohnungsbau (44 Prozent), Mobilität (26 Prozent) und Bildung (23 Prozent) sind die drei wahlentscheidenden Themen, wie aus dem gestern im Auftrag von „Luxemburger Wort“ und RTL von TNS-Illres im Zeitraum vom

26. September bis zum 1. Oktober durchgeführten Politmonitor „Spezial Wahlen“ hervorgeht. Auf die Frage, welche Partei die Herausforderungen der Zukunft am besten lösen könne, sprachen sich 32 Prozent der Befragten für

die CSV aus, gefolgt von der DP mit 15 Prozent. Ein Drittel gab allerdings an, es nicht zu wissen beziehungsweise gesteht keiner Partei zu, dass sie die Aufgaben der Zukunft bewältigen kann. Ein Viertel der Wähler gab indes an, sich erst in

den letzten sieben Tagen vor dem Urnengang zu entscheiden, davon sagen sogar fünf Prozent, sich erst in der Wahlkabine zu entscheiden, so dass der Wahlausgang am 14. Oktober diesmal besonders spannend werden dürfte. □

VALIDATION

DES ACQUIS DE L'EXPERIENCE (VAE)



- > Vous avez acquis des expériences solides dans un domaine précis sur votre lieu de travail ou ailleurs (activité extra-professionnelle, bénévolat, ...)
- > Vous souhaitez obtenir un diplôme qui certifie vos compétences et votre savoir

VALORISEZ VOS EXPERIENCES PROFESSIONNELLES ET PERSONNELLES PAR UN DIPLOME

La VAE s'applique aux:

- > certificats et diplômes de l'enseignement secondaire général et au brevet de maîtrise
- > brevets et diplômes de l'enseignement supérieur.

UNE INVITATION COMMUNE :



NEWS
Sorgfaltspflicht für die Parteien ein Thema
LUXEMBURG Die von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaftlern geforderte Sorgfaltspflicht für transnationale Konzerne mit Sitz in Luxemburg ist für die aktuell im Parlament vertretenen Parteien ein Thema, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung. Wie die „Action Solidarité Tiers Monde“ gestern mitteilte, könne man zwischen drei Positionen unterscheiden. „Déi gréng“ und „déi Lénk“ sprechen sich beide klar für eine gesetzliche Regelung aus. LSAP und DP wollen dagegen eher verbindliche Normen auf europäischem Niveau. Die CSV fasst eine gesetzliche Regelung ins Auge, sollte sich herausstellen, dass das freiwillige Engagement der Unternehmen unzureichend sein sollte. Die adr zieht derweil ein Gesetz in Betracht, „um den Unternehmen dabei zu helfen, die notwendige Deontologie zu entwickeln und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern“.
Die Plattform aus 13 Organisationen bernärgelt am vom Außenministerium ausgearbeiteten und vom Regierungsrat im Juli dieses Jahres angenommenen ersten Aktionsplan die Abwesenheit von verbindlichen Maßnahmen. Dennoch enthalte der Aktionsplan über Unternehmen und Menschenrechte „bestimmte Aktionen, die positiv sind und zur Konkretisierung eines Gesetzes über die Sorgfaltspflicht im Laufe der nächsten Legislatur beitragen könnten“. Daran führt für die Mitgliedorganisationen kein Weg vorbei, denn auf die Freiwilligkeit von Konzernen zu setzen sei unzureichend, schreiben sie. CB

Ein Rahmen für das Wohlbefinden der Schüler

LUXEMBURG Das „Centre psychosocial et d'accompagnement scolaires“ (CePAS) und die Abteilung für Jugend im Bildungsministerium haben am Mittwoch den gemeinsamen Referenzrahmen für die psycho-soziale Begleitung und das außerschulische Angebot von Sekundarschulen vorgestellt. Das rund 50-seitige Dokument soll laut Mitteilung die „gemeinsame Vision“ der Autoren „für das Wohlbefinden der Jugendlichen in der Schule“ darstellen. Das CePAS ist das Ressourcenzentrum für die „Services psychosociaux et d'accompagnement scolaires“ (SePAS, früherer SPOS) in den Lyzeen. Der „Service de la Jeunesse“ ist derweil das Referenzorgan für die „Services socio-éducatifs“ (SSE), die den Schulabbruch bekämpfen. Sie bieten zu diesem Zweck Aktivitäten außerhalb der Unterrichtsstunden an. Auch wenn sich die Aufgaben von SePAS und SSE im Alltag voneinander unterscheiden, so verfolgten sie doch ein gemeinsames Ziel, nämlich im Interesse des Wohlbefindens der Schüler zu